



# Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft

Policy Brief 2022 | 02

## Wirtschaftspolitische Ziele und Zielkonflikte in der ökologischen Transformation

Sara Holzmann

Die Eindämmung der Klimakrise ist die größte Herausforderung unserer Zeit, die Transformation hin zu einer Wirtschaftsweise innerhalb der planetaren Grenzen die Voraussetzung für Lebensqualität und Wohlstand zukünftiger Generationen. Der Weg in eine Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft ist jedoch von komplexen wirtschaftspolitischen Wirkungszusammenhängen gekennzeichnet. Um Zielkonflikte vorzubeugen, Widersprüche aufzulösen und Synergiepotenziale freizusetzen, bedarf es einer klug austarierten wirtschaftspolitischen Steuerung mit einem zeitgemäßen und praxistauglichen Zielsystem.

Die Soziale Marktwirtschaft und ihr Versprechen „Wohlstand für Alle“ prägen das wirtschaftspolitische Handeln in Deutschland seit Jahrzehnten. Doch die dynamischen Herausforderungen der Gegenwart machen eine Weiterentwicklung dieses Leitbilds unausweichlich. Denn das aktuelle Wirtschaftsmodell gefährdet die natürlichen Lebensgrundlagen, ohne die es selber nicht existieren kann. Die sich verschärfende Klimakrise und die Zerstörung planetarer Lebensgrundlagen rücken die ökologische Nachhaltigkeit richtigerweise ins Zentrum des gesellschaftlichen und politischen Diskurses.

Es wird immer deutlicher, dass es in Zukunft darum gehen muss, *Wohlstand für alle innerhalb der planetaren Grenzen* zu erreichen. Dazu be-

darf es nicht nur eines Updates des wirtschaftspolitischen Zielsystems. Vielmehr braucht es auch die Fähigkeit, politische Strategien zu entwickeln, die die inhärenten Zielkonflikte einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft auflösen und Synergien zwischen Zieldimensionen freisetzen. Dieser Thematik haben wir uns im Rahmen eines aktuell erschienen Buches ausführlich gewidmet, auf dem dieser Policy Brief basiert (vgl. Holzmann et al. 2022).

### Das „Magische Viereck“ hat ausgedient

Die wirtschaftspolitischen Ziele der Sozialen Marktwirtschaft, die im Rahmen des Stabilitäts-

und Wachstumsgesetzes 1967 in Deutschland festgeschrieben wurden, lauten: „stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum“, „stabiles Preisniveau“, „hoher Beschäftigungsstand“ und „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“. Aufgrund möglicher Unvereinbarkeiten zwischen diesen gleichrangig angestrebten Zielen wird in der Volkswirtschaftslehre vom „Magischen Viereck“ gesprochen.

Aus heutiger Perspektive ist dieses Zielsystem für die nationale Wirtschaftspolitik in vielerlei Hinsicht nicht mehr zeitgemäß. Im Zuge der europäischen Integration wurden wirtschaftspolitische Verantwortung und Zielsetzungen vielfach auf die supranationale Ebene verschoben. Die Megatrends der Globalisierung und Digitalisierung sowie des demografischen Wandels stellen große Herausforderungen für die wirtschaftspolitische Steuerung dar. Aktuell bedeutet der russische Angriffskrieg auf die Ukraine eine Zeitenwende für die deutsche Außen-, Energie- und Wirtschaftspolitik und erfordert ein neues Verständnis eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Gleichzeitig spitzt sich die Klimakrise weiter zu. Im aktuellen Jahrzehnt wird sich entscheiden, ob die durchschnittliche globale Erderwärmung noch auf 1,5°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau begrenzt werden kann (IPCC 2022). Nationale und internationale Klimaschutzziele unterstreichen die herausgehobene Bedeutung der ökologischen Nachhaltigkeit und insbesondere der Klimaneutralität in einem zukunftsfähigen wirtschaftspolitischen Zielsystem.

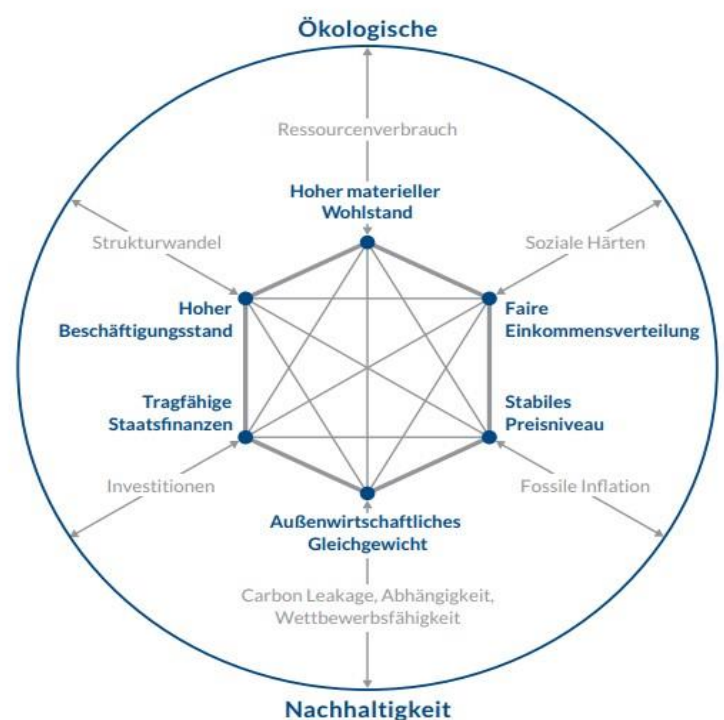
## Die Ziele einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft

Die Transformation hin zu einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft erfordert es nicht nur, das Zielsystem des „Magischen Vierecks“ zu ergänzen. Zusätzlich müssen auch die ursprünglichen Zieldimensionen einer zeitgemäßen Neubewertung unterzogen und die Gewichtung der Ziele in Frage gestellt werden.

So bedarf es eines neuen Verständnisses eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, welches jenseits der Differenz zwischen Importen und Exporten auch geopolitische Risiken und kritische Abhängigkeiten berücksichtigt. Zunehmend wird

es darauf ankommen, einen Zustand zu erreichen, bei dem die positiven Auswirkungen des Außenhandels überwiegen, während die Risiken aus kritischen Abhängigkeiten minimiert sind. Auch das Ziel des stetigen Wirtschaftswachstums sollte auf den Prüfstand gestellt und neu bewertet werden. Einerseits schafft Wirtschaftswachstum politische Spielräume für Umverteilung und Interessenausgleich und bleibt somit auch in Zukunft bedeutsam. Andererseits löst es per se keine sozialen oder ökologischen Probleme. Daher sollte nicht das Wirtschaftswachstum an sich, sondern das Niveau gesellschaftlichen Wohlstands im Sinne der materiellen Ausstattung mit Waren und Dienstleistungen als eine Dimension im Zielsystem einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft gewählt werden.

**Abbildung 1: Zielsystem einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft**



Quelle: Eigene Darstellung

Darüber hinaus wird das Zielsystem um die Dimensionen der ökologischen Nachhaltigkeit, der fairen Einkommensverteilung und der finanzpolitischen Tragfähigkeit ergänzt. So entsteht ein Zielsystem aus sieben wirtschaftspolitischen Zielen, von denen die ökologische Nachhaltigkeit eine herausgehobene Bedeutung erhält.

Denn Erhalt und Funktionsfähigkeit der Ökosysteme sind die grundlegende Voraussetzung für Leben und wirtschaftliche Aktivität. Zudem übersteigen die ökonomischen Vorteile der erfolgreichen Eindämmung der Klima- und Biodiversitätskrisen die Kosten der Maßnahmen und die Kosten der Beibehaltung des Status quo deutlich (IPCC 2022).

Doch durch die Notwendigkeit einer ökologischen Transformation erübrigen sich die anderen sechs wirtschaftspolitischen Ziele keineswegs. Vielmehr sind materieller Wohlstand und seine faire Verteilung ebenso wie hoher Beschäftigungsstand, stabiles Preisniveau, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und tragfähige Staatsfinanzen wesentliche Vorbedingungen dafür, dass weitreichende klimapolitische Maßnahmen von der Gesellschaft als Ganzes mitgetragen werden.

Aufgrund dieser interdependenten Zusammenhänge ist es maßgeblich, mögliche Zielkonflikte mit dem Ziel der ökologischen Nachhaltigkeit zu verstehen und ihnen durch einen klugen wirtschaftspolitischen Instrumentenmix bestmöglich vorzubeugen oder sie aufzulösen.

## Ressourcenverbrauch und Wohlstand entkoppeln

Der wohl naheliegendste vermeintliche Zielkonflikt einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft ist der zwischen dem materiellen Wohlstand einer Gesellschaft und der ökologischen Nachhaltigkeit seiner Erzeugung. Heute basieren Produktionsweisen, Wertschöpfungsketten, Technologien und Infrastrukturen zum überwiegenden Teil auf dem Verbrauch von natürlichen Ressourcen, auf der Nutzung fossiler Energieträger und damit auf dem Ausstoß von Treibhausgasen. Zwar ist es in den meisten hoch entwickelten Industrienationen in der jüngsten Vergangenheit gelungen, das Emissionsvolumen von der Wirtschaftsleistung, gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt (BIP), zu entkoppeln. So ist das deutsche BIP pro Einwohner:in zwischen 1990 und 2019 um mehr als 40 Prozent gewachsen, während die territorialen CO<sub>2</sub>-Emissionen je Einwohner:in um etwa 37 Prozent und der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck pro Kopf um rund 35 Prozent gefallen sind (Holzmann et al. 2022). Dennoch bleiben

weitere deutliche Emissionsminderungen zum Erreichen der Klimaneutralität unausweichlich. Das Voranschreiten des Klimawandels bedeutet neben dem erheblichen Verlust an Lebensqualität auch die Schädigung von physischen Produktionskapazitäten und die Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit von Arbeitskräften. Gleichzeitig können klimapolitische Maßnahmen zumindest in der kurzen Frist eine Dämpfung des Wirtschaftswachstums oder einen Rückgang des BIP bedeuten, weil emissionsintensive wirtschaftliche Aktivitäten eingeschränkt werden.

In seiner heutigen Ausprägung steht Wirtschaftswachstum nicht in Einklang mit den planetaren Belastungsgrenzen, sondern trägt vielmehr zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen bei. Ob jedoch auch zukünftig ein Zielkonflikt mit der ökologischen Nachhaltigkeit bestehen muss, ist wissenschaftlich umstritten. Weder gibt es gesicherte Erkenntnisse, dass die Einhaltung der planetaren Grenzen mit weiterem Wirtschaftswachstum vereinbar ist, noch ist bewiesen, dass mehr Wachstum unweigerlich zu größeren Umweltschäden führen muss. Auch hinsichtlich der Bedeutung von weiterem Wirtschaftswachstum für die Lebensqualität in wohlhabenden Gesellschaften besteht im wissenschaftlichen Diskurs kein Konsens (Petschow et al. 2020).

Durch die Klima- und Wirtschaftspolitik lässt sich der zumindest in der kurzen Frist bestehende Zielkonflikt zwischen Wohlstand und ökologischer Nachhaltigkeit abmildern. Die Förderung eines ressourcen- und emissionsparenden technologischen Fortschritts sowie der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft sind Strategien, um Wohlstand unter Einhaltung der planetaren Grenzen zu sichern. Durch eine effiziente und ressourcenschonende Produktions- und Konsumweise und die Wiederverwertung von Materialien können der Energiebedarf, der Einsatz von Primärmaterialien und die Treibhausgasemissionen bei konstanter Outputmenge reduziert werden.

## Sektorale und regionale Beschäftigungsverluste abmildern

Auf dem Arbeitsmarkt löst die ökologische Transformation einen umfassenden Strukturwandel



aus. Dabei werden bestehende Berufsfelder umgestaltet, Arbeitsplätze teilweise abgebaut und an anderen Stellen neue geschaffen. Auch die Folgen des Klimawandels, insbesondere der Anstieg der Durchschnittstemperatur sowie der Verlust von Ökosystemdienstleistungen, gefährden Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätze. Hingegen wird der klimapolitisch induzierte Strukturwandel auf gesamtwirtschaftlicher Ebene mit großer Wahrscheinlichkeit positive Arbeitsmarkteffekte hervorrufen. So wird der Arbeitskräftebedarf zur Umsetzung ambitionierter Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland auf mehr als 767.000 Personen im Jahr 2035 geschätzt. Der Studie von Blazejcak und Edler (2021) zufolge entstehen die größten Beschäftigungszuwächse im Baugewerbe, im Maschinenbau und in der Personenbeförderung. Eine große Gefahr besteht allerdings darin, dass der Fachkräftemangel zu einem Engpassfaktor in der ökologischen Transformation wird. Gerade in Berufsgruppen, in denen der zukünftige Arbeitskräftebedarf besonders hoch ist, zeichnet sich bereits heute ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften ab. Doch der Strukturwandel wirkt zwischen Unternehmen, Sektoren und Regionen sehr heterogen und kann durchaus zu Disruptionen und Arbeitslosigkeit führen. Allen voran in der Energiewirtschaft, der CO<sub>2</sub>-intensiven Industrie sowie der Land- und Forstwirtschaft können negative Beschäftigungseffekte durch die Dekarbonisierung der Produktionsprozesse auftreten. Darüber hinaus kann auch die Dekarbonisierung des Endproduktes, wie etwa die Umstellung von Verbrennungs- auf Elektromotoren, zu Beschäftigungsverlusten führen (Hünecke et al. 2022).

Diese regionalen oder sektoralen Zielkonflikte können durch geeignete arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen entschärft werden. Ziel muss es sein, Arbeitnehmer:innen für die veränderten Anforderungsprofile einer dekarbonisierten Wirtschaft fit zu machen und strukturelle Arbeitslosigkeit zu verhindern. Daher sind Qualifizierung und Fachkräftesicherung sowie die arbeitsmarktpolitische Unterstützung von räumlicher und beruflicher Mobilität zentrale Strategien zur Begleitung der ökologischen Transformation auf dem Arbeitsmarkt.

## Fossile Inflation durch günstige erneuerbare Energie kompensieren

Kaum ein anderes Thema beherrscht den öffentlichen Diskurs aktuell so sehr wie die steigenden Preise für Energie und Nahrungsmittel. Der Krieg gegen die Ukraine, Angebotsknappheiten, Engpässe und Lieferkettenprobleme sind starke Inflationstreiber. In Deutschland befeuert derzeit vor allem die Verteuerung importierter fossiler Energieträger den Preisauftrieb. Verschärft sich die Klimakrise weiter, besteht die Gefahr, dass gerade die Nahrungsmittelpreise durch Angebotsausfälle, Ressourcenknappheit und Nutzungskonflikte weiter steigen.

Eine fossile Inflation und die Preisanstiege beim Grundkonsum stellen insbesondere für einkommensschwache Haushalte eine enorme Belastung dar, die es im Sinne einer sozial gerechten Transformation gezielt abzufedern gilt. Gleichzeitig ist eine Verteuerung CO<sub>2</sub>-intensiver Aktivitäten und fossiler Energieträger notwendig, um Anreize für emissionsparende Produktion und Konsum zu setzen. Marktbasierte Klimaschutzinstrumente wie die CO<sub>2</sub>-Bepreisung führen gezielt zu einer solchen Verteuerung. Ziel ist es, die externen Kosten des umweltschädlichen Verhaltens im Preis zu berücksichtigen und so Anreize für klimafreundliche Alternativen zu setzen.

Hinsichtlich der Bedeutung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung für das Inflationsgeschehen identifizieren Studien widersprüchliche Effekte auf das Preisniveau. In Summe wirkt der CO<sub>2</sub>-Preis dadurch kaum inflationstreibend. So steigen durch einen CO<sub>2</sub>-Preis einerseits die Preise fossiler Energieträger und nachgelagerter Produkte. Andererseits können Vermeidungs- und Substitutionsstrategien von Haushalten und Unternehmen diese Preiseffekte kompensieren und den Inflationsdruck dämpfen. Modellschätzungen quantifizieren den Effekt der deutschen CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf die Inflationsrate auf zwischen 0,15 und 1,06 Prozentpunkte (Herold et al. 2022; Nöh et al. 2020).

Voraussetzung für die Substitution CO<sub>2</sub>-intensiver Aktivitäten ist, dass ein ausreichendes Angebot an klimafreundlichen Alternativen zur Verfügung steht. Dazu gehören unter anderem der Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur sowie der Einsatz von grünem Wasserstoff in der Industrie. Entscheidend ist allerdings der Ausbau

der erneuerbaren Energien. Sie ermöglichen die Abkehr von fossilen Energieträgern, steigern die Energieeffizienz und versprechen langfristig günstigere Energiepreise. Durch ihre Nutzung in den Sektoren Wärme (Wärmepumpen) oder Verkehr (Elektromobilität) können die erneuerbaren Energien auch gesamtwirtschaftlich inflationsdämpfend wirken.

### **Kritische Importabhängigkeiten vermeiden**

Die nationalen Bemühungen Deutschlands zur Umsetzung der ökologischen Transformation stehen in Wechselwirkung mit den außenwirtschaftlichen Verflechtungen. Gleichzeitig kann der voranschreitende Klimawandel die Export- und Importmöglichkeiten beeinträchtigen, etwa indem die Kaufkraft im Ausland und damit die Nachfrage nach deutschen Exporten sinkt, Lieferketten gestört werden oder Importe nach Deutschland ausfallen.

Die Handelsbilanz, die das Verhältnis zwischen dem Wert der Exporte und Importe abbildet, ist ein wichtiger Indikator für ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht im klassischen Sinne. Klimapolitische Maßnahmen können in der kurzen Frist den Handelsbilanzsaldo senken, da ein CO<sub>2</sub>-Preis und höhere inländische Investitionen die Exporte reduzieren und den Importbedarf erhöhen. Langfristig können klimaneutrale Technologien einen internationalen Wettbewerbsvorteil bedeuten und so zu einem (wachsenden) Handelsbilanzüberschuss führen.

Aber gerade in der kurzen Frist können strenge ökologische Standards und hohe nationale CO<sub>2</sub>-Preise die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte schwächen. In der Folge könnte es dann zur Abwanderung emissionsintensiver Industrien und der Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen ins Ausland kommen. Zum Schutz vor Carbon Leakage ist die außenwirtschaftliche Flankierung der nationalen CO<sub>2</sub>-Bepreisung, etwa durch einen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus, eine zentrale Strategie. Dabei werden Importe mit einem CO<sub>2</sub>-Zoll in Höhe des inländischen CO<sub>2</sub>-Preises belegt, um ihren Preisvorteil auszugleichen (Petersen 2021).

Zusätzlich verändert die Dekarbonisierung den Rohstoff- und Energiebedarf einer Volkswirtschaft und kann so kritische Abhängigkeiten reduzieren. Gleichzeitig entstehen neue Abhängigkeiten bei anderen Rohstoffen, Vorleistungen und entlang der gesamten Wertschöpfungskette von Klimaschutztechnologien. So können wichtige Rohstoffe für Schlüsseltechnologien der Dekarbonisierung aufgrund starker geographischer Konzentration nur aus wenigen Ländern bezogen werden (Flach et al. 2022).

In der aktuellen geopolitischen Krise zeigt sich deutlich, dass nicht diversifizierte Energieimporte mit erheblichen ökonomischen und politischen Risiken behaftet sind und eine größere Unabhängigkeit und Resilienz der deutschen Wirtschaft bei kritischen Rohstoffen und Energieträgern anzustreben ist. Gleichzeitig ist aber die Erzeugung von erneuerbarem Strom und grünem Wasserstoff in sonnen- und windreichen Ländern kostengünstiger als in Deutschland. Daher kann es ökonomisch sinnvoll sein, erneuerbare Energie nicht vollständig in Deutschland zu produzieren. Letzlich können sowohl weitgehend autonome als auch stark im Ausland diversifizierte Beschaffungsstrukturen die inländische Dekarbonisierung verteuern und verlangsamen.

Schlussendlich gilt es, im politischen Diskurs einen Kompromiss zwischen den Vorteilen der Offenheit und den damit verbundenen Risiken sowie dem erforderlichen Tempo der ökologischen Transformation zu finden. Darüber hinaus ist gerade für eine rohstoffarme Volkswirtschaft wie Deutschland das Potenzial der Kreislaufwirtschaft nicht zu unterschätzen. Denn der effiziente Einsatz von Energie und Ressourcen reduziert den Importbedarf für kritische Inputfaktoren und treibt die Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise voran.

### **Klimapolitik sozialpolitisch flankieren**

Viele klimapolitische Maßnahmen bedeuten für einkommensschwache Haushalte eine große finanzielle Belastung. Öffentlich werden ökonomische Disparitäten häufig als politisches Hindernis für eine ambitionierte Klimapolitik angeführt. Gleichzeitig ist belegt, dass einkommensschwache Haushalte den Folgen des Klimawandels

stärker ausgesetzt und weniger resilient sind, da sie geringere Anpassungsspielräume haben. Ebenfalls ist eindeutig nachgewiesen, dass der ökologische Fußabdruck eng mit dem verfügbaren Haushaltseinkommen zusammenhängt. Finanziell bessergestellte Personen verbrauchen im Durchschnitt deutlich mehr Ressourcen und haben einen größeren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck. Für wohlhabende Länder zeigt die empirische Forschung außerdem, dass größere ökonomische Ungleichheit mit höheren Treibhausgasemissionen assoziiert ist (Rehm et al. 2022).

Aufgrund der regressiven Wirkung vieler klimapolitischer Maßnahmen, wie etwa der CO<sub>2</sub>-Bepreisung, können diese die ökonomischen Disparitäten in einer Gesellschaft weiter vergrößern. Da einkommensschwache Haushalte prozentual einen wesentlich höheren Anteil ihres Einkommens für Nahrungsmittel, Energie und Mobilität ausgeben, werden sie durch steigende Preise für diese Güter übermäßig belastet. Gleichzeitig haben sie nur selten die Möglichkeit, ihren Konsum weiter zu reduzieren, ihn durch klimafreundliche Alternativen zu substituieren oder in Energieeffizienztechnologien zu investieren.

Durch eine Klimapolitik, die ihre Verteilungswirkung unberücksichtigt lässt, drohen soziale Härten und der Verlust des gesellschaftlichen Rückhalts für die gebotenen Maßnahmen. Die soziale Kompensation der Verteilungswirkung ist daher für die Durchsetzbarkeit klimapolitischer Maßnahmen unerlässlich. Dazu gehört insbesondere die sozialpolitische Flankierung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Durch die Rückverteilung der Einnahmen, etwa in Form eines Pauschalbetrags je Einwohner:in, kann die regressive Verteilungswirkung deutlich abgemildert oder sogar umgekehrt werden (Rehm et al. 2022). Darüber hinaus sind Infrastrukturinvestitionen und gezielte Fördermaßnahmen erforderlich, um auch einkommensschwachen Haushalten die Vermeidung und Substitution klimaschädlicher Aktivitäten zu ermöglichen.

### **Investitionen, Steuern und Subventionen auf Klimaneutralität ausrichten**

Für Unternehmen, Haushalte und den Staat ist die Transformation hin zu einer klimaneutralen Ökonomie mit einem enormen Investitionsbedarf

verbunden. Der Finanzpolitik des Staates kommt dabei eine zentrale Rolle zu, denn sie kann im Einklang mit den klimapolitischen Zielen die geeigneten Rahmenbedingungen schaffen, Anreize setzen und privatwirtschaftliche Aktivität stimulieren. Die langfristige Tragfähigkeit der Staatsfinanzen ist Voraussetzung für staatliche Handlungsfähigkeit und ermöglicht es dem Staat, die Transformation zu unterstützen und auf klimabedingte Schocks zu reagieren.

Gleichzeitig bedeuten Klimarisiken eine zunehmende Belastung für den Staatshaushalt. So steigen die Ausgaben für Gesundheit, Sozialhilfe, Katastrophenhilfe, Wiederaufbau und Klimawandelanpassung. Ebenso bindet die Rettung von zahlungsunfähigen Unternehmen und Banken zusätzliche Haushaltsmittel, während die Steuereinnahmen aufgrund der wachstumsdämpfenden Effekte der Klimakrise sinken. Trotz transitorischer Risiken und disruptiver Effekte schließen tragfähige Staatsfinanzen und ökologische Nachhaltigkeit einander nicht aus. Vielmehr kann eine weitsichtige finanzpolitische Gestaltung der Transformation neue Wachstumspotenziale schaffen. Voraussetzung dafür sind ein zeitgemäßes Subventions- und Steuersystem sowie öffentliche Investitionen in klimafreundliche Technologien und Infrastrukturen. Letztere schaffen die Rahmenbedingungen für klimaneutrales Wirtschaften. Eine moderne öffentliche Infrastruktur ist ein wesentliches Kriterium für private Investitionen und macht diese rentabler. Ergänzend ist die staatliche Förderung privater Klimainvestitionen notwendig, solange Anschaffung und Betrieb klimaneutraler Zukunftstechnologien noch keiner betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Analyse standhalten oder andere Investitionshemmnisse vorliegen. Erste Schätzungen kommen zu dem Ergebnis, dass für die Klimaneutralität 2045 in Deutschland zwischen 2021 und 2030 öffentliche Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 47 Milliarden Euro jährlich notwendig sein werden. Das entspräche etwas mehr als zehn Prozent des Bundeshaushalts (Meyer und Sigl-Glückner 2021). Doch ein verzögerter Klimaschutz wäre um ein Vielfaches teurer. Da es sich in der Regel um Zukunftsinvestitionen handelt, ist es wahrscheinlich, dass die Rendite von (schuldenfinanzierten) Klimaschutzmaßnahmen die Zinskosten übersteigen wird.

Davon ausgehend gilt es zu hinterfragen, ob eine Schuldenbremse, wie sie derzeit im Grundgesetz verankert ist, angesichts des großen Finanzierungsbedarfs der ökologischen Transformation sinnvoll, zeitgemäß und gerecht ist.

Ein wichtiger Hebel, um ökologische und finanzielle Nachhaltigkeit miteinander in Einklang zu bringen, ist die Neuausrichtung von Steuern und Subventionen. Aktuell werden in Deutschland jährlich klimaschädliche Subventionen im Umfang von 46 bis 57 Milliarden Euro gewährt. Sie setzen Fehlanreize, schaffen Pfadabhängigkeiten und bremsen und verteuern die Dekarbonisierung (Beermann et al. 2020). Durch den Rückbau klimaschädlicher Subventionen ergäben sich neue fiskalische Spielräume, die für klimafreundliche Subventionen und Förderungen genutzt werden könnten.

Die Neuausrichtung von Steuern ist umso wichtiger, da die Dekarbonisierung Umweltsteuern langfristig ihre Bemessungsgrundlage entzieht. Im Hinblick auf die langfristige Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen ist daher die Anpassung des Steuer- und Abgabensystems ebenso wie die Prüfung alternativer Finanzierungskonzepte geboten.

### Die ökologische Transformation als Chance begreifen

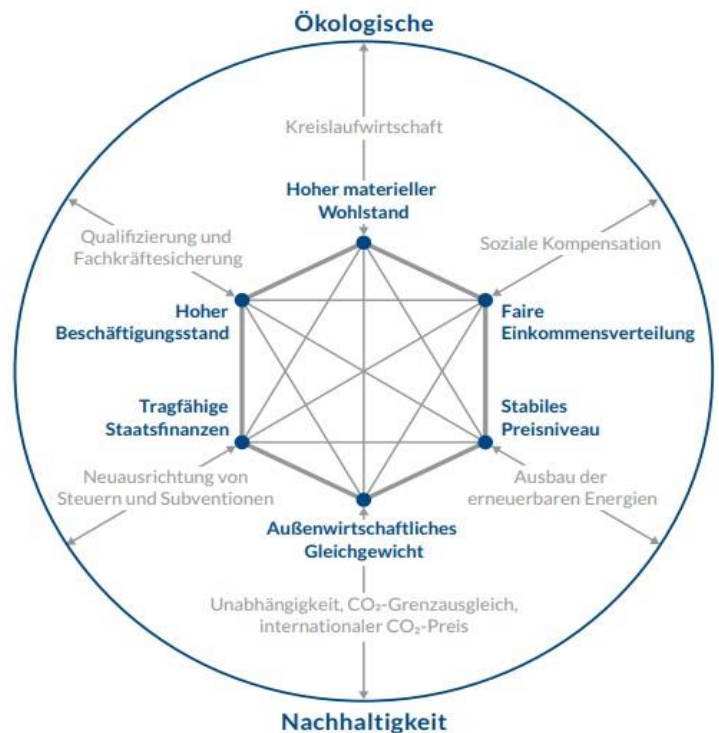
Unsere Gesellschaft steht vor dynamischen Herausforderungen. In nie dagewesenem Ausmaß und in großer Geschwindigkeit müssen wir einen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel vollziehen, um die natürlichen Lebensgrundlagen unserer und zukünftiger Generationen zu bewahren. Das Einhalten der planetaren Grenzen wird zur alternativlosen Voraussetzung für das Versprechen, Wohlstand für alle zu erreichen.

Damit dieser Wandel gelingen kann, braucht es eine ganzheitliche Perspektive und ein überzeugendes, zeitgemäßes und zukunftsfähiges wirtschaftspolitisches Zielsystem. Dies bildet die Grundlage für den kontinuierlichen Aushandlungsprozess zwischen verschiedenen, teils widersprüchlichen Interessen.

Für das Austarieren der inhärenten Zielkonflikte in der ökologischen Transformation ist eine umsichtige wirtschaftspolitische Steuerung erforderlich. Sie beruht auf der sorgfältigen Analyse der

makroökonomischen Wirkungszusammenhänge zwischen den Zieldimensionen und setzt einen klugen Instrumentenmix ein, der es ermöglicht, den Zielkonflikten vorzubeugen, sie aufzulösen oder Synergiepotenziale freizusetzen.

**Abbildung 2: Lösungsansätze für die Zielkonflikte einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft**



Quelle: Eigene Darstellung

Die Lösungsansätze für die Zielkonflikte einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft, wie sie in unserem Buch erarbeitet werden, erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr zeigen sie mögliche Weichenstellungen für die Bewältigung der ökologischen Transformation auf. Gleichzeitig sollen sie dazu ermuntern, den Blick auf die zahlreichen Chancen für Innovationen, neue Arbeitsplätze und Geschäftsmodelle zu richten, die sich mit Hilfe einer austarierten wirtschaftspolitischen Steuerung der ökologischen Transformation ergeben können. Durch das Heben dieser Potenziale kann es gelingen, zu einer Wirtschaftsweise überzugehen, die das Versprechen einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft *Wohlstand für alle innerhalb der planetaren Grenzen* einlösen kann.



## Literatur

Beermann, A.-C. et al. (2020). *Zehn klimaschädliche Subventionen im Fokus. Wie ein Subventionsabbau den Klimaschutz voranbringt und den Bundeshaushalt entlastet*. Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (Hrsg.). Berlin.

Blazejczak, J. und D. Edler (2021). *Arbeitskräftebedarf nach Sektoren, Qualifikationen und Berufen zur Umsetzung der Investitionen für ein klimaneutrales Deutschland*. Kurzstudie im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Berlin.

Flach, L., et al. (2022). „Wie abhängig ist Deutschland von Rohstoffimporten? Eine Analyse für die Produktion von Schlüsseltechnologien“. *Impulse für die Wirtschaftspolitik*. IHK für München und Oberbayern und DIHK. München und Berlin.

Herold, J. et al. (2022). *Grüne Inflation? Zwischen Klimaschutz und Preisniveaustabilität*. KfW Research Fokus Volkswirtschaft. Frankfurt am Main.

Holzmann, S. et al. (2022). *Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitische Ziele und Zielkonflikte in der ökologischen Transformation*. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh.

Hünecke, K. et al. (2022). *Strukturwandel zu einer Green Economy. Screening besonders betroffener Branchen. Teilbericht AP1*. Umweltbundesamt (Hrsg.). Dessau-Roßlau.

IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) (2022). „Climate Change 2022. Mitigation of Climate Change“. *Working Group III contribution to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*.

Meyer, H. und P. Sigl-Glöckner (2021). „Ausgaben für die Dekarbonisierung“. *Policy Paper*. Dezernat Zukunft – Institut für Makrofinanzen. Berlin.

Nöh, L. et al. (2020). „Auswirkungen einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf die Verbraucherpreisinflation“. *Arbeitspapier 03/2020*. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Wiesbaden.

Petersen, T. (2021). „CO<sub>2</sub>-Preis und steuerlicher Grenzausgleich“. *Das Wirtschaftsstudium* (50). 1283–1286.

Petschow, U. et al. (2020). „Ansätze zur Ressourcenschonung im Kontext von Postwachstumskonzepten. Abschlussbericht.“ *Texte 98/2020*. Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau.

Rehm, M. et al. (2022). *Effektiver Klimaschutz und geringere sozio-ökonomische Ungleichheit gehen Hand in Hand* (noch unveröffentlicht). Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh.

V.i.S.d.P

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
D-33311 Gütersloh

Armando Garcia Schmidt  
Telefon: +49 5241 81-81543  
[armando.garciaschmidt@bertelsmann-stiftung.de](mailto:armando.garciaschmidt@bertelsmann-stiftung.de)

Dr. Thieß Petersen  
Telefon: +49 5241 81-81218  
[thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de](mailto:thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de)

Eric Thode  
Telefon: +49 5241 81-81581  
[eric.thode@bertelsmann-stiftung.de](mailto:eric.thode@bertelsmann-stiftung.de)

Titelbild: © Halfpoint - stock.adobe.com

### Autorin | Kontakt

**Sara Holzmann**  
Project Manager  
Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft  
[sara.holzmann@bertelsmann-stiftung.de](mailto:sara.holzmann@bertelsmann-stiftung.de)  
Telefon: +49 5241 81-81143

ISSN: 2751-7373